

Regelverstöße von Radfahrern sollen teurer werden

Die Unfallforschung der Versicherer (UDV) unterstützt die am Mittwoch bekannt gewordenen Pläne des Bundesverkehrsministeriums zur Erhöhung einzelner Bußgelder für Regelverstöße von Radfahrern. Nach Auffassung des Leiters der UDV, Siegfried Brockmann, muss der Staat deutlich machen, dass die Straßenverkehrsordnung für alle gilt und dauernde und teilweise massive Verstöße nicht hingegenommen werden können. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) dagegen bezweifelt, dass höhere Bußgelder zu einer besseren Akzeptanz der Regeln führen werden.

„Auch bei höheren Bußgeldern würden Rüpel ihren vermeintlichen Vorsprung weiterhin gegen das relativ geringe Risiko abwägen, erwischt zu werden“, sagt Jürgen Dehner, Generalsekretär des ARCD. Damit Bußgelder überhaupt abschrecken könnten, müsste die Kontrolldichte deutlich erhöht werden. Das aber koste Geld und sicher gebe es für die Ordnungshüter Wichtigeres zu tun, als Radfahrern aufzulauern. Der ARCD favorisiert deswegen eine Kampagne zur Verhaltensänderung.

Brockmann erneuerte seine Forderung nach verstärkter Einführung von Polizeistreifen auf Fahrrädern. Diese würden auch von Radfahrern ernster genommen, da sie die Probleme des Alltags kennen. Außerdem gehöre zur Lösung des Problems eine Straßenplanung, die Radfahrer nicht benachteiligt und sie teilweise auch zu regelwidrigem Verhalten nötigt, um selbst nicht gefährdet zu werden. Deshalb sei es ein gutes Signal, dass bei der Reform auch das Zuparken von Radverkehrsanlagen mit einem höheren Bußgeld belegt werden soll

Bereits im vergangenen Jahr hatte Bundesverkehrsminister Ramsauer angekündigt, strenger gegen „Kampf-Radler“ vorgehen zu wollen. Dem sollen durch höhere Bußgelder nun offenbar Taten folgen. Vorgesehen ist eine Anhebung der Strafen für Rad-Rüpel um fünf bis zehn Euro. (ampnet/Sm)